

Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands



dbb
beamtenbund
und tarifunion



3 | 2 0 2 5

72. Jahrgang

Neue Bundesregierung, neue Herausforderungen



Foto: BSBD Bundesleitung

René Müller, BSBD Bundesvorsitzender

Wer wirklich Sicherheit will, muss den Vollzug mitdenken!

Wer Sicherheit will, muss den Vollzug mitdenken

Erwartungen des BSBD an die neue Bundesregierung

Die systemrelevante Arbeit im deutschen Justizvollzug findet tagtäglich unter schwierigen Bedingungen statt – und dennoch meist unbeachtet von der Öffentlichkeit. Dabei sind es die Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten, die mit ihrer Arbeit einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit und Stabilität unseres Landes leisten. Es ist an der Zeit, das öffentliche und politische Bewusstsein für diese Leistungen zu schärfen.

Die Kolleginnen und Kollegen im Vollzug sind nicht nur für die Bewachung von Gefangenen verantwortlich. Sie sind Krisenmanager, Konfliktlöser, Resozialisierungsbegleiter, Ansprechpartner in psychischen Ausnahmesituationen – und oftmals der letzte menschliche Kontakt für Menschen, die den Bezug zur Gesellschaft verloren haben. Diese Arbeit erfordert ein hohes Maß an Verantwortung, Professionalität und Belastbarkeit. Und sie geschieht fast vollständig im Verborgenen.

Gerade die Betreuung von suizidgefährdeten oder psychisch erkrankten Gefangenen sowie der Umgang mit gewaltbereiten, radikalisierten oder extremistischen Insassen verlangt Fähigkeiten, die weit über klassische Sicherheitsaufgaben hinausgehen – Tag für Tag, Schicht für Schicht.

BSBD appelliert an Bundesregierung: Verantwortung übernehmen

Umso unverständlicher ist es, dass der Justizvollzug im aktuellen Koalitionsvertrag und insbesondere im sogenannten „Sicherheitspaket“ der Bundesregierung keine Erwähnung findet. Obwohl es dort um innere Sicherheit, Extremismusbekämpfung, Gefährderstrategien und eine effektivere Strafverfolgung geht, bleibt ausgerechnet jener Bereich ungenannt, der diese Urteile am Ende tagtäglich vollzieht und umsetzt: der Strafvollzug.

Diese Leerstelle ist aus Sicht des BSBD nicht nur enttäuschend, sondern politisch fahrlässig. Denn ohne einen funktionierenden Justizvollzug bleibt jeder sicherheitspolitische Plan Stückwerk. Wer wirklich Sicherheit will, muss den Vollzug mitdenken – in der Gesetzgebung, in der Finanzierung und im politischen Diskurs.

Der Bundesvorsitzende des BSBD, René Müller, hat daher schriftlich Kontakt zum



Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Dr. Stefanie Hubig

neuen Bundeskanzler Friedrich Merz und zur Bundesjustizministerin Stefanie Hubig aufgenommen. Neben seinen Glückwünschen zur Wahl weist er in seinem Schreiben auf die zahlreichen Herausforderungen und Belastungen im Strafvollzug hin und mahnt konkrete Unterstützung an – auf Bundesebene im Schulterschluss mit den Landesjustizministerien.

Gleichzeitig hat der BSBD seine Gesprächsbereitschaft ausdrücklich angeboten, um seine umfangreiche fachliche Expertise in den politischen Dialog einzubringen. Gerade mit Blick auf die neue Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) verbindet der BSBD die Hoffnung, dass eine offenere und konstruktivere Zusammenarbeit möglich wird als unter ihrem Vorgänger, der den Austausch mit den Fachvertretungen des Vollzugs weitgehend vermissen ließ.

Keine zusätzlichen Belastungen durch Asylpolitik und Abschiebehaft

Mit Nachdruck macht der BSBD außerdem deutlich: Verschärfungen in der Asyl- und Abschiebepolitik dürfen nicht zu zusätzlichen Belastungen im Strafvollzug führen. Die Ausweitung von Abschiebehaft oder verlängerte Inhaftierungszeiten dürfen nicht zu einer Verlagerung in den regulären Strafvollzug führen – weder personell noch infrastrukturell sind die Anstalten dafür ausgelegt.

Abschiebehaft ist kein Strafvollzug und muss auch getrennt davon organisiert werden. Der Strafvollzug darf nicht als Auffang-

becken für migrationspolitische Versäumnisse dienen. Eine klare Trennung beider Bereiche ist unabdingbar, ebenso wie zusätzliche Mittel für mögliche Sonderstrukturen außerhalb des Strafvollzugs.

Bundesvollzug für Hochrisikofälle gefordert

Ein weiteres zentrales Anliegen des BSBD bleibt die Einrichtung eines Bundesgefängnisses für Gefährder, Terroristen und extremistische Hochrisikotraftäter. Diese Personen stellen in den Landesvollzugsanstalten ein Sicherheitsrisiko dar und binden enorme Ressourcen. Ein Bundesvollzug für diese Fälle wäre eine längst überfällige strukturelle Entlastung für die Länder und ein sicherheitspolitisch gebotener Schritt. Der BSBD fordert klare Schritte: eine faire Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen, moderne Ausstattung, zeitgemäße Personalschlüssel und vor allem politische Anerkennung. Der Justizvollzug kann nur funktionieren, wenn die Politik ihn ernst nimmt und unterstützt – mit Worten und mit Taten. Der Strafvollzug ist ein Teil des Fundaments für den Rechtsstaat. Wer Sicherheit, Prävention und gesellschaftliche Rückführung ernst meint, muss den Strafvollzug auch auf bundespolitischer Ebene einbeziehen. Der BSBD wird weiter dafür kämpfen, dass die stillen Leistungen hinter Mauern gesehen, gewürdigt und gestärkt werden.

Systemrelevanz ist keine Frage der Sichtbarkeit, sondern der Verantwortung. ■

Angriff auf das Berufsbeamtentum

Kritik des BSBD zu Aussagen zur Rentenversicherungsspflicht für Beamte

Mit großer Sorge und deutlicher Ablehnung nehmen wir, der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), die jüngsten Aussagen von Bundesarbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas zur Kenntnis, wonach Beamte künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollen. Diese Forderung ist nicht nur sachlich unbegründet, sondern sie stellt auch einen direkten Angriff auf das bewährte Berufsbeamtentum und die besonderen Herausforderungen unseres Dienstes dar.

Beamte, insbesondere im Strafvollzug, übernehmen Aufgaben, die mit außerordentlichen Belastungen, Gefahren und hohen persönlichen Anforderungen einhergehen. Wir arbeiten im Schichtdienst, an Wochenenden und Feiertagen – und das in einer hochbelasteten, sicherheitsrelevanten Umgebung mit ständiger Konfrontation mit Gewalt, Bedrohungen und psychischer Belastung. Die Annahme, dass wir „privilegiert“ seien, ignoriert diese Realität auf sträfliche Weise.

Das deutsche Beamtensystem basiert auf dem Alimentationsprinzip. Beamte verzichten auf das Streikrecht, unterliegen besonderen Treuepflichten und dürfen sich ihre Arbeitsstelle nicht frei wählen – im Gegenzug verpflichtet sich der Staat, sie lebenslang angemessen zu alimentieren, also zu besolden und im Alter durch eine Pension abzusichern. Diese Struktur ist kein „Schlupfloch“, sondern ein rechtsstaatlich legitimes und bewährtes System, das Beamte als Teil der hoheitlichen Staatsstruktur absichert.

Die gesetzliche Rentenversicherung wird zu einem erheblichen Teil durch sogenannte versicherungsfremde Leistungen belas-



René Müller, BSBD-Bundesvorsitzender

tet – etwa die Mütterrente oder Rentenzahlungen für Zeiten der Arbeitslosigkeit. Es ist irreführend zu behaupten, die Einbeziehung der Beamten würde die gesetzliche Rentenkasse sanieren helfen. Im Gegenteil: Die Einzahlungen würden langfristig durch hohe Rentenzahlungen wieder aufgezehrt – ein Nullsummenspiel mit enormem bürokratischem und finanziellem Aufwand.

Die pauschale Forderung, alle Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung zu überführen, stellt einen massiven Systembruch dar. Sie wäre auch mit erheblichen Übergangskosten verbunden. Rücklagen müssten gebildet, Übergangssysteme geschaffen und bestehende Ansprüche berücksichtigt werden.

Schon heute ist der Strafvollzug durch massive Personalnot und einen alarmierenden Nachwuchsmangel gekennzeichnet.

Die Aussicht, bei gleichzeitigem Wegfall von Pensionsansprüchen künftig unter denselben gefährlichen Bedingungen zu arbeiten, würde den Beruf noch unattraktiver machen. Wir brauchen Anreize für junge Menschen, diesen wichtigen Dienst am Rechtsstaat zu übernehmen – keine Abschreckungspolitik.

Die Aussagen von Bundesministerin Bärbel Bas zur Einführung einer Rentenversicherungspflicht für Beamte sind populistisch, kurzsichtig und gefährlich.

Wer den Rechtsstaat stärken will, darf seine tragenden Säulen – wie den Strafvollzugsdienst – nicht schwächen, sondern muss sie stützen, respektieren und angemessen alimentieren.

René Müller, Bundesvorsitzender

- Your system has a serious problem and needs to be restarted. We only collect all error information and then try again to restart the system. Wish us luck ...

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Die Angehörigen des deutschen Justizvollzuges halten das System am Laufen...

Schon mal darüber nachgedacht?

DEINE GEWERKSCHAFT - DEINE ZUKUNFT

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



Gemeinsam stark für die Tarifverhandlungen 2025

Gemeinsam stark – jetzt ist der Moment!

Die Tarifverhandlungen 2025 stehen unmittelbar bevor, und es geht um mehr als Zahlen auf dem Papier – es geht um unsere Zukunft, unsere Arbeitsbedingungen und unsere Wertschätzung!

Vom 14. bis 16. April 2025 haben sich die Tarifvertreter der Bundesländer im Hotel Park Soltau intensiv vorbereitet. Mit Entschlossenheit und einer klaren Vision haben wir unsere Positionen geschärft, um in den kommenden Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) entschlossen aufzutreten. Der TVöD-Abschluss gibt uns eine Richtung vor, aber wir wissen: Der TV-L muss noch mehr für uns leisten – ab September 2025 kämpfen wir dafür!

Als eine von 43 Fachgewerkschaften sind wir Teil einer starken Bewegung. Jede Fachgewerkschaft verfolgt das Ziel, das Beste für ihre Mitglieder zu erreichen – und wir tun das mit Nachdruck! Wir kennen den Unterschied zwischen Tarifpflege und Tarifverhandlungen, doch deine Anliegen werden nicht übersehen – sie fließen direkt in unsere Forderungen ein.

Deine Stimme zählt! Rückmeldungen und Kritik aus den Reihen der Tarifvertreter sind für uns wesentlich. Sie zeigen uns, wo wir noch entschlossener auftreten müssen, und helfen uns, unsere Positionen weiter zu stärken. Wir nehmen deine Anliegen ernst – und wir werden sie durchsetzen.

Jetzt heißt es: Zusammenstehen, stark bleiben und für unsere Rechte kämpfen!



Die BSBD Tarifvertreterinnen und -vertreter trafen sich im April im Hotel Park Soltau.

Jetzt zählt dein Einsatz – gemeinsam kämpfen wir für echte Verbesserungen

Unsere Spezialisten des BSBD aus den Bundesländern arbeiten bereits mit Hochdruck an den entscheidenden Details unserer Forderungen. Wir geben uns nicht mit halben Lösungen zufrieden – wir fordern klare Verbesserungen.

Unsere Kernforderungen:

- Höhere Eingruppierung im AVD – E8/E9 ist das Ziel.

- Berufsunfähigkeitsversicherung – ein bindender Beschluss des letzten Bundesgewerkschaftstages, der umgesetzt werden muss.
- Einheitliche Eingruppierung im Sozialdienst – Ungerechtigkeiten zwischen den Bundesländern müssen endlich der Vergangenheit angehören.
- Schluss mit dem Boykott der TdL in der Tarifpflege – wir lassen uns nicht ausbremsen.

Jetzt liegt es an uns: Nur wenn wir entschlossen und gemeinsam auftreten, können wir echte Veränderungen bewirken. Die letzten Verhandlungen haben gezeigt, dass unser Engagement und unser Zusammenhalt Wirkung zeigen – die TdL hat unseren Einsatz mit Respekt wahrgenommen. Dieser Erfolg darf kein Einzelfall bleiben, sondern muss unsere gesamte Strategie prägen.

Es reicht nicht, bloß Forderungen zu stellen. Wir müssen aktiv werden, Flagge zeigen, Druck machen – jeder Einzelne zählt. Mach mit – dein Einsatz macht den Unterschied. Unser Erfolg ist deine Zufriedenheit. Deine Zufriedenheit ist unser Ansporn.

BSBD – Gemeinsam für eine starke Zukunft!



Infos auch im Web.
www.bsbd.de

Hat die Pflege in Deutschland noch eine Zukunft?

Seminar für Senioren mit Jan Oliver Krzywanek

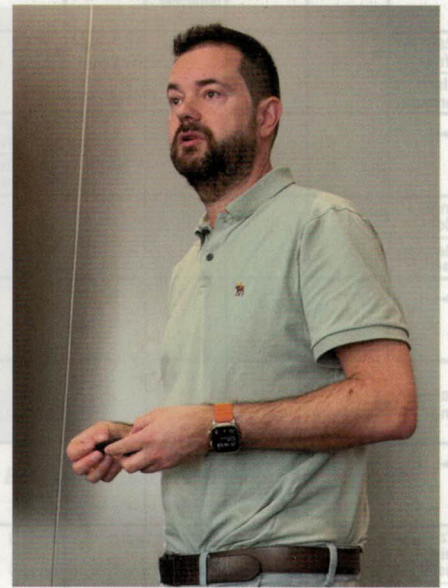
Das Seminar für die Senioren fand zu dem Thema „Pflege“ statt. Ein sehr aktuelles Thema mit politischem Hintergrund. Ein Zitat von Oskar Wilde hatte der Bundesseminarleiter als Überschrift für seine Einladung zum Seminar gewählt. Dieses lautete: „Als ich jung war, habe ich geglaubt, dass Geld das Wichtigste im Leben sei. Jetzt bin ich alt und weiß es.“ Hintergrund dieser Überschriftenwahl war und ist die derzeitige und zukünftige Finanzierung der Pflege.

Als Referenten für diese Problematik konnte der stellvertretende Geschäftsbereichsleiter Arbeit, Soziales, Wirtschaft, Frauen, Jugend und Senioren, Jan Oliver Krzywanek, hauptamtlicher Mitarbeiter des dbb in Berlin, gewonnen werden. Ein herausragender Fachmann und auch kompetenter Referent, der von Anfang an seine Zuhörer in den Bann zog. Neben den einzelnen Pflegestufen mit ihren finanziellen Ausstattungen und Möglichkeiten wurde auch der Weg dorthin für die Antragsteller vorgestellt. Die Teilnehmer stellten viele Fragen, auf die der Referent ausführlich einging. Insbesondere konnte Kollege Krzywanek auch seine persönlichen Erfahrungen im familiären Bereich mit der Pflege und deren „Fallstrick“ in die Diskussion einbringen.

Weitere Themen waren Demenz und Demenzformen. Auch hier informierte der Kollege vom dbb Berlin umfassend und nachhaltig. Das Symptombild der Demenz umfasst Einbußen an kognitiven, emotionalen und sozialen Fähigkeiten. Vor allem betroffen sind das Kurzzeitgedächtnis, das Denkvermögen, die Sprache und die Motorik: Bei einigen Formen kommt es auch zu Veränderungen der Persönlichkeit – so Wikipedia. Eine beginnende Demenz zu erkennen – so der Referent – ist schwierig. In kurzen Aufklärungsfilmen wurden die Anwesenden über Anzeichen einer beginnenden Veränderung bei einer Person informiert.

Bundesseminarleiter Winfried Conrad dankte dem Referenten ausdrücklich für den interessanten und informativen Vortrag. In seinem Vortrag griff Kollege Conrad noch einmal die Thematik des Seminars auf, inwieweit die Pflege noch eine Zukunft hat. Fakt sei – so Conrad –, wenn zeitnah die Politik nicht für finanzielle Sicherheit der Pflegekassen sorgt, haben wir in der Zukunft ein Problem: Bei einer alternden Gesellschaft ein Spiel mit dem Feuer.

Apropos Feuer. Kollege Ambrosius Luzius nutzte die Gelegenheit, auf ein weiteres Problem einer älter werdenden Gesell-



Referent Jan Oliver Krzywanek

schaft einzugehen. Themen seines Vortrages waren:

- Rauchmelder retten Leben!
- Was machst Du, wenn's brennt?

Luzius regte an, auch in den Seniorenvertretungen der Landesverbände die Thematik aufzugreifen.

Winfried Conrad
Bundesseminarleiter



Fotos: (2) Winfried Conrad

Gruppenfoto der Seminarteilnehmer

Öffentlicher Dienst

BEI UNS ZÄHLT DAS FÜREINANDER

Gemeinsam stark
seit 120 Jahren.



Von Beamten für Beamte gegründet,
stehen wir seit 1905 für eine Gemein-
schaft, die sich gegenseitig unterstützt.
Unser Ziel: Für unsere Mitglieder da sein.



Studie zur Privaten Krankenversicherung: DebeKa erneut mit bestmöglicher Bewertung ausgezeichnet

In einem Rating zur Privaten Krankenversicherung wurde die DebeKa Krankenversicherung vom Branchendienst map-report erneut für „hervorragende Leistungen“ mit der bestmöglichen Bewertung mmm+ ausgezeichnet. Mit 85,70 von 100 möglichen Punkten landet das Unternehmen auf dem dritten Platz aller untersuchten Versicherer. Im Bereich Service erreicht die DebeKa 29,10 von 30 möglichen Punkten und landet damit auf der Spitzenposition. Das PKV-Rating des map-reports liefert seit über 20 Jahren eine Analyse und eine umfassende Bewertung der Qualität privater Krankenversicherer anhand von Kennzahlen aus den Bereichen „Bilanz“, „Service“ und „Vertrag“. Es ist somit auch eine wichtige Entscheidungshilfe für Verbraucher bei der Wahl einer Privaten Krankenversicherung.

Die Studienautoren schreiben: „Die DebeKa als bisheriger Seriensieger wurde ebenfalls mit der höchsten Bewertung mmm+ ausgezeichnet und erzielte insgesamt 85,70 Punkte. Seit 2021 liefern sich die DebeKa, Signal Iduna und LVM ein Kopf-an-Kopf-Rennen um die beste Bewertung, das bis zu dieser Ausgabe ausschließlich zugunsten der DebeKa ausging. Insofern dürften auch die kommenden Jahre spannend bleiben.“

„Auch das neue Rating des map-reports zeigt, dass es uns gelingt, unsere Mitglieder über Jahrzehnte hinweg auf höchstem Niveau zu bedienen. Wir wissen aber auch, dass wir dabei nicht nachlassen dürfen. Wir arbeiten täglich dafür, uns für unsere Mitglieder weiter zu verbessern“, sagt Thomas Brahm, Vorstandsvorsitzender der DebeKa.

DBV Spezialist für den
Öffentlichen Dienst

Für Beamt:innen

Jeder Cent zählt – vor allem, wenn er geschenkt ist.

Auch kleine Beiträge summieren sich über die Zeit: Nutzen Sie das monatliche Geldgeschenk, dass Ihnen Ihr Dienstherr zur Verfügung stellt. Die **DBV VL-Lebensversicherung** bietet Ihnen die passende Lösung für Ihren vermögenswirksamen Sparplan.

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie – persönlich in einer Agentur in Ihrer Nähe oder unter dbv.de



dbv.versicherung

SONDERKONDITIONEN

für Mitglieder der
dbb Einzelgewerkschaften

Eine Marke der AXA Gruppe



BSBD macht sich fit im Umgang mit Mobbing und sexueller Belästigung

Vom 10.03.2025 bis zum 12.03.2025 fand über die dbb akademie das Seminar des BSBD „Strategien gegen Mobbing und sexuelle Belästigung“ für die Vertreterinnen und Vertreter der Fachgruppen Junge Bedienstete und Frauen im Premier Inn Köln City Mediapark statt. Vom BSBD-Landesverband waren Manja Sommer als Fachgruppensprecherin der Frauen und Milena Glessmann als Fachgruppensprecherin der Jungen Bediensteten vertreten. Begleitet wurden die beiden von Philipp Weimann, dem Bundesjugendsprecher und Vorgänger im Amt von Milena Glessmann.

Zu Beginn des Seminars stellte sich der Seminarleiter Winfried Conrad vor und eröffnete eine Vorstellungsrunde mit allen Teilnehmenden. Anschließend wurde durch die Dozentin Daniela Peetz das Thema „#MeeToo: Sexuelle Belästigung“ eingeleitet. Die Teilnehmer durften Gruppen bilden, Unterthemen bearbeiten und die Ergebnisse vorstellen. Es wurde anschließend nochmals in großer Runde darüber gesprochen und diskutiert.

Am zweiten Tag des Seminars wurde über die rechtlichen Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten bei sexueller Belästigung gesprochen.

Mittags stand eine Führung in der JVA Köln auf dem Programm. Nach der Führung fand noch ein Austausch mit Bediensteten der JVA Köln über verschiedene Themen und die Unterschiede in den einzelnen Bundesländern statt. Es wurden auch Problemfelder wie Nachwuchsgewinnung und Personalmangel, sowie Einschränkungen durch Umbaumaßnahmen angerissen.

Am letzten Tag des Seminars stand das Thema Mobbing im Fokus und wurde mit dem Dozenten Michael Vetter aufgegriffen. Zusammenfassend konnten die drei Landesverbandsmitglieder wichtige Informationen sammeln, um künftig im Umgang mit den Themen gewappnet zu sein.

Bericht: Philipp Weimann, Manja Sommer, Milena Glessmann



v.l.: Milena Glessmann, Manja Sommer und Philipp Weimann, Foto: BSBD BW

**Der BSBD Baden-Württemberg setzt sich entschieden gegen sexuelle Belästigung und Mobbing ein.
Dafür ist bei uns kein Platz!**



**Wir gehören zum Vollzug,
wie Kaffee zum Morgen.**

Euer Wohlergehen, unser Auftrag – vom ersten bis zum letzten Tag!

Getreu dem Motto des BSBD tagte die ARGE „Mitarbeitergewinnung und -bindung“

Am 17. März 2025 kam die ARGE „Mitarbeitergewinnung und -bindung“ des BSBD Baden-Württemberg in Stuttgart zusammen. Ziel der Arbeitsgemeinschaft ist und bleibt es, Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung, Motivation und langfristigen Bindung der Bediensteten im Justizvollzug zu entwickeln und weiterzugeben. Dabei versteht sich die ARGE auch als gewerkschaftliches Sprachrohr gegenüber dem Ministerium und dem Bildungszentrum Justizvollzug (BZJV).

Zentrale Themen der Sitzung waren der Bedarf an zusätzlichen Personalstellen zur Unterstützung der Durchführung der Einführungs- und Abschlusslehrgänge, eine klare Trennung der Haushaltsmittel für Aus- und Fortbildung, sowie der Erhalt und Ausbau von Kürprogrammen bei der Fortbildung trotz bestehender Sparzwänge.

Die sogenannten Kürprogramme, für die es keine Verpflichtung zur Durchführung gibt, nehmen eine besondere Rolle ein. Sie bieten den Bediensteten die Möglichkeit, sich außerhalb des regulären Dienstbetriebs weiterzubilden, kollegial auszutauschen

und Abstand vom oft belastenden Alltag in der Anstalt zu gewinnen. Damit leisten sie nicht nur einen wichtigen Beitrag zur fachlichen und persönlichen Entwicklung, sondern sind auch Ausdruck von Wertschätzung und Anerkennung. Die ARGE war sich einig, dass diese Programme trotz angespannter Haushaltslagen dauerhaft erhalten bleiben müssen.

Darüber hinaus sprach sich die ARGE für eine zentrale Koordination und Verbesserung bei der Ausstattung von Werbemaßnahmen aus. Es wurden die verschiedenen Möglichkeiten diskutiert, hierbei wurde in alle Richtungen offen und ohne Einschränkungen gedacht. Weitere Impulse betrafen Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung, wie z.B. Hansefit (Firmenfitness), Supervision, berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, sowie infrastrukturelle Verbesserungen.

Die nächste Sitzung der ARGE ist für das Jahr 2027 vorgesehen.

Bericht: Christian Reichle



Das Team bei der Arbeit, Foto: BSBD BW

Ein Blick über den Tellerrand des Justizvollzuges hinaus

BSBD-Ortsverband Heimsheim in Calw unterwegs



die Mitglieder des OV Heimsheim bei ihrem Besuch in Calw, Foto: BSBD BW

Am Dienstag, den 18.03.2025 trafen sich bei bestem Frühlingswetter 18 wissbegierige BSBD-Mitglieder beim Besucherzentrum des Kommando Spezialkräfte (KSK) in Calw (Schwarzwald).

Das KSK ist eine der Eliteeinheiten der Bundeswehr, die für besondere Einsätze ausgebildet ist. Während der Besichtigung des Besucherzentrums erhielt die Gruppe Einblick in die anspruchsvolle Ausbildung und die vielfältigen Aufgaben der Soldatinnen und Soldaten. Thema war unter anderem auch die veränderte Wahrnehmung der Bundeswehr an sich in der Öffentlichkeit aufgrund der geänderten Sicherheitslage.

Im Anschluss besuchte die Gruppe das Zentrum für Psychiatrie Calw, wo sie sich mit Fachleuten über die Herausforderungen im Umgang mit psychisch Kranken, die viele Bedienstete aus dem Haftalltag kennen, austauschten und die Möglichkeit nutzten,

sich die Situation vor Ort anzuschauen. Die Bedeutung suchttherapeutischer Unterstützung und Behandlung von psychischen Erkrankungen, standen dabei im Vordergrund.

Die Fortbildung war äußerst aufschlussreich und hat wichtige Impulse für die tägliche Arbeit gegeben.

Vielen Dank an alle Beteiligten für das ehrenamtliche Engagement und den Einsatz!

Bericht: Philipp Grassler

... ergänzen Sie das Puzzle Ihrer beruflichen Zukunft im Justizvollzug ...

AUS DEM VOLLZUG

FÜR DEN VOLLZUG

... werden Sie Mitglied im

BSBD

Gewerkschaft Strafvollzug

- Der **BSBD** ist die einzige Fachgewerkschaft für die Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug.
- Der **BSBD** vertritt deutschlandweit die Interessen von mehr als 25.000 Beamten und Tarifbeschäftigten.
- Der **BSBD** ist vor Ort in allen 16 Bundesländern für Sie präsent.
- Der **BSBD** ist eigenständig unter dem Dach des Deutschen Beamtenbundes organisiert.

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Mehr Informationen: www.bsbd.de

Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen

Am 28. März 2025 wurde die Schlichtung in der Einkommensrunde 2025 mit Bund und Kommunen beendet.

Die Schlichter haben ein Einigungsempfehlung abgegeben.

Am 6. April kam es in Potsdam dann zur Einigung, die dbb-Verhandlungsführer Volker Geyer wie folgt kommentierte:

„Meist fangen bei den Details ja die Probleme an. Beim Ergebnis heute ist es umgekehrt: sehr wichtige Fortschritte stecken genau in diesen Details“

Geyer weiter: „Es ist zentral, dass die von uns geforderten Komponenten lineare Erhöhung, soziale Komponente, Arbeitszeitsouveränität und Entlastung alle Teil des Abschlusses sind. In dieser Einigung kann sich jede und jeder wiederfinden.“ Gleichzeitig gelte aber auch, dass ein zukunftsweisenderes Ergebnis sinnvoll gewesen wäre, so der dbb-Vize. „Aber leider mussten wir Bund und Kommunen jeden Cent, jede Minute und jeden noch so kleinen Fortschritt unendlich mühsam abrufen. Zu keinem Zeitpunkt war bei den Arbeitgebenden erkennbar, dass sie Zukunft gestalten wollen.“

Mit Blick auf die nächsten Jahre prognostizierte Geyer, dass die Tarifaufeinanderstellungen langwieriger und härter werden würden: „Der öffentliche Dienst muss generell attraktiver werden. Aktuell fehlen 570.000 Beschäftigte. In den nächsten zehn Jahren geht ein weiteres Drittel der Kolleginnen und Kollegen in den Ruhestand. Um diesen extremen Aderlass zu kompensieren, müssen sich die Bezahl- und Arbeitsbedingungen weiter deutlich verbessern, sonst sehen wir auf dem Arbeitsmarkt bald endgültig alt aus.“

Die Ergebnisse der Tarifrunde 2025 finden unmittelbar Anwendung auf die rund 132 Tsd. Tarifbeschäftigten des Bundes und die rund 2,6 Mio. Tarifbeschäftigten der kommunalen Arbeitgeber, die unter dem Dach der VKA zusammengeschlossen sind.

Abschließend forderte Geyer die zeit- und inhaltsgleiche sowie systemgerechte Über-

nahme des Tarifiergebnisses auf den Beamtenbereich: „Wir werden dazu unverzüglich das Gespräch mit dem Bundestag und der neuen Bundesregierung aufnehmen.“

Die Eckpunkte der Einigung:

Lineare Entgelterhöhungen

- ab dem 1. April 2025 um 3 Prozent
- ab dem 1. Mai 2026 um weitere 2,8 Prozent (Laufzeit 27 Monate, bis 31. März 2027).

Soziale Komponente/ Mindestbetrag

110 Euro Mindestbetrag im ersten Erhöhungsschritt. Das führt zu einer überproportionalen Erhöhung des Tabellenentgelts in Entgeltgruppen (EG) 1 bis 5 sowie in EG 6 bis zur Stufe 5, in EG 7 bis zur Stufe 4, in EG 8 bis zur Stufe 3, in EG 9a bis zur Stufe 2 und in EG 9b Stufe 1. So kommen im ersten Schritt Erhöhungen von bis zu 4,67 Prozent zustande.

Entgelt und Übernahme bei Auszubildenden

Die Vergütung der Auszubildenden, dual Studierenden, Praktikantinnen und Praktikanten soll ebenfalls in zwei Schritten ansteigen: ab dem 1. April 2025 um 75 Euro und ab dem 1. Mai 2026 um weitere 75 Euro.

Die Auszubildenden und dual Studierenden sollen bei betrieblichem Bedarf unbefristet übernommen werden, wenn sie mindestens mit der Note „Befriedigend“ abgeschlossen haben.

Instrumente zur Entlastung der Beschäftigten

Ab dem Jahr 2027 soll es einen zusätzlichen Urlaubstag für alle Beschäftigten (inklusive Auszubildende) geben.

Die Jahressonderzahlung soll ab 2026 erhöht werden:

- Bund: EG 1 bis 8: von 90 auf 95 Prozent, EG 9a bis 12: von 80 auf 90 Prozent, EG 13 bis 15: von 60 auf 75 Prozent
- VKA: 85 Prozent in allen EG, 90 Prozent in den EG 1 bis 8 in den Bereichen BT-K und BT-B

Es soll die Möglichkeit geben, diese Jahressonderzahlung (außer in Krankenhäusern, Pflege- und Betreuungseinrichtungen) in bis zu drei zusätzliche freie Tage umzuwandeln. Für den Bereich der Krankenhäuser und Pflege- und Betreuungseinrichtungen soll als Ausgleich für die fehlende Umwandlungsmöglichkeit die Jahressonderzahlung in den EG 1 bis 8 auf 90 Prozent erhöht werden.

Die Zulage für ständige Schichtarbeit soll ab dem 1. Juli 2025 von 40 Euro auf 100 Euro monatlich erhöht werden. Die Zulage für ständige Wechselschichtarbeit soll von 105 Euro auf 200 Euro steigen, im Bereich der Krankenhäuser, Pflege- und Betreuungseinrichtungen von 155 Euro auf 250 Euro. Die Stundensätze für nicht ständige Schicht- und Wechselschichtarbeit sollen entsprechend erhöht werden. Ab dem Jahr 2027 sollen diese Zulagen dynamisiert werden.

Mehr Arbeitszeitsouveränität

Auf betrieblicher Ebene soll durch Betriebs- oder Dienstvereinbarung ein Langzeitkonto vereinbart werden können. Das eingebrachte Wertguthaben soll zum Beispiel für Sabbaticals, eine Verringerung der Arbeitszeit, Freistellungen für Kinderbetreuungen und Pflege verwendet werden können.

Die Regelungen zur Gleitzeit sollen zukünftig genauer gefasst und eine Kappung von Stunden vermieden werden. Wenn ein Langzeitkonto eingerichtet ist, soll auch eine Übertragung von Plusstunden auf dieses Konto erfolgen können. Künftig sollen auch Überstunden angeordnet werden, um die Kappung zu vermeiden.

Beschäftigte und Arbeitgeber können – für beide Seiten freiwillig – vereinbaren, dass ab dem Jahr 2026 die wöchentliche Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden erhöht wird. Das kann für einen Zeitraum von bis zu 18 Monaten vereinbart werden. Die Beschäftigten erhalten dann das entsprechend erhöhte Entgelt, entsprechend erhöhte sonstige Entgeltbestandteile und einen Zuschlag für jede Erhöhungsstunde. Der Zuschlag beträgt: in den EG 1 bis 9b: 25 Prozent, in den EG 9c bis 15: 10 Prozent des Tabellenentgelts der Stufe 3 der jeweiligen EG.

Im Herbst 2025 stehen die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder an. Es bleibt abzuwarten, ob die Verhandlungen ebenso schwierig werden und was für unsere Kolleginnen und Kollegen erreicht werden kann. Fest steht, dass der BSBD auch dann wieder Flagge zeigen und auf die Straße gehen wird, um bestmögliche Ergebnisse zu erreichen.

Bericht: dbb Beamtenbund
und Tarifunion/ tem



BSBD-Landesverband BW ging Anfang März solidarisch mit auf die Straße, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, Foto: BSBD BW

Bastelbogen für ein Justizfahrzeug – Aus „B“ wurde „BWL“

Wer bastelt nicht gerne? Verbunden mit Informationen ein toller Werbeträger für unsere Gewerkschaft: der BSBD-Bastelbogen „Justizfahrzeug“

Abgeschaut beim BSBD-Landesverband Berlin, haben auch wir in Baden-Württemberg diese tolle Idee aufgegriffen und ein Justizfahrzeug für uns angepasst.

Vielfältige Druckmöglichkeiten auf der Rückseite, z.B. Informationen für unsere Anwärterinnen und Anwärter oder zu aktuellen Themen machen den DIN A4 Flyer zu einem hervorragenden und kostengünstigen Werbeträger.

In unserer normalen Druckausführung ist, wenn man das fertig gebastelte Fahrzeug umdreht, das BSBD-Logo und der QR-Code zur Homepage zu sehen.

Wir sind gespannt, wie viele fertig gebastelte Fahrzeuge in unseren Anstalten stehen und auch wie viel Kinder zu Hause damit Spaß haben werden.

Bericht: Lars Rinklin



Das „Berliner Original“ und das „Baden-Württembergische Modell“ Foto: BSBD BW

Landesweit ähnliche Herausforderungen – Tagung der Fachgruppe Vollzugsdienst im Justizvollzug

Am 7. und 8. April 2025 trafen sich die Fachgruppensprecher der größten BSBD-Fachgruppe zu ihrer diesjährigen Tagung im Flair Hotel Landgasthof Roger in Löwenstein-Höflinsulz. Vertreter nahezu aller Justizvollzugsanstalten des Landes waren bei der zweitägigen Veranstaltung präsent.

Landesfachgruppensprecher Oliver Haubold begrüßte den Landesvorsitzenden Michael Schwarz, sowie die Teilnehmer.

Bei der Tagung wurde deutlich, dass der Justizvollzug in Baden-Württemberg vor großen Herausforderungen steht. Viele Anstalten kämpfen mit baulichen Mängeln, personellen Engpässen und einem deutlichen Anstieg psychischer Auffälligkeiten unter den Inhaftierten. In einigen Einrichtungen wurde der Besuch am Wochenende aus personellen Gründen eingestellt, andere berichten von Suiziden und Übergriffen. Der Personalaufbau für bestehende Einrichtungen, Erweiterungen und den Neubau in Rottweil ist im vollen Gange. Dennoch wird der Betrieb durch Pensionierungen, Krankheitsausfälle und strukturelle Belastungen erschwert. Trotz aller Herausforderungen wird die Ausbildung des Nachwuchses mit großem Engagement fortgeführt.

Der Landesvorsitzende Michael Schwarz griff in seinem Bericht mehrere aktuelle Themen auf: Aus- und Fortbildung im Justizvollzug, sowie die Notwendigkeit einer Trennung der Haushaltsmittel hierfür, Aktualisierung von Werbematerialien, Probleme bei der Dienstkleidung, Umgang mit sozialen Medien, Bearbeitungszeiten beim LBV, Kleidergeld, Lebensarbeitszeitkonto, Kostendämpfungspauschale und titulierte Schmerzensgeldansprüche. Auch die Einkommensrunde 2025, sowie langfristige Entwicklungen wurden angesprochen.

Kollege Christian Reichle berichtete über den aktuellen Stand des Neubaus der JVA Rottweil. Stv. Landesvorsitzender Steffen Schelenz informierte über die europäische Zusammenarbeit im Justizvollzug. Im Rahmen eines einwöchigen Austauschprogramms in Estland konnte er vielfältige und beeindruckende Erfahrungen sammeln.

Im Rahmen der Tagung setzten sich die Teilnehmer erneut mit einer Vielzahl praxisnaher Anliegen auseinander. Besonders hilfreich erwies sich dabei die Präsenz des Landesvorsitzenden, durch die zahlreiche Fragen unmittelbar vor Ort und zur Zufriedenheit der Beteiligten geklärt werden konnten.

Bericht: Christian Reichle



die reine Männerrunde der Fachgruppe (Zufall), Foto: BSBD BW

Gemeinsam Forderungen und Ziele definiert

Informationstagung für den gehobenen Verwaltungsdienst in Stuttgart

Am 29.04.2025 kamen in Stuttgart viele junge, engagierte Kolleginnen und Kollegen des gehobenen Verwaltungsdienstes zusammen, um sich über aktuelle Themen auszutauschen und selbst an der Gestaltung ihrer Zukunft teilzuhaben.

Zunächst begrüßte die Fachgruppensprecherin Susan Bleile alle Teilnehmenden und dankte dem BSBD-Landesvorsitzenden Michael Schwarz und Frau Ute Schäfer vom Personalreferat des Ministeriums der Justiz und für Migration für ihr Erscheinen. Michael Schwarz referierte im Anschluss über die derzeitige Arbeit des Vorstands und gab ebenfalls Einblicke in länderübergreifende Sachverhalte. Sodann stellte Frau Schäfer die aktuellen Zahlen zur Personal- und Beförderungssituation des gehobenen Verwaltungsdienstes vor und beantwortete jede noch so kritische Frage. Vielen Dank hierfür! Bei ihrer Verabschiedung betonte sie nochmals ausdrücklich, dass sich die Kolleginnen und Kollegen bei Fragen jederzeit auch direkt an das Personalreferat im Ministerium wenden können.

Anschließend wurde den Teilnehmenden das aktuelle Positionspapier präsentiert

und erläutert, wie dieses immer wieder politisch zum Einsatz kommt. Nach einer geselligen Mittagspause ging es mittels Gruppenarbeit an die seit 2015 nicht mehr überarbeitete Dienstpostenbewertung des gehobenen Verwaltungsdienstes. Zunächst wurde den Anwesenden die rechtlichen Grundzüge der doch schon deutlich veralteten Vorschrift erläutert, auch im Vergleich zur Dienstpostenbewertung aus dem Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit. In der Gruppenarbeitsphase sollten nun ein kurzfristiger sowie ein langfristiger Entwurf für die Bewertung der einzelnen Dienstposten erarbeitet werden. Die Ergebnisse wurden zum Abschluss der Infotagung jeweils vorgetragen und zeigten, dass bei allen Teilnehmenden ein übereinstimmendes Meinungsbild vorlag.

Weitere Anregungen und Wünsche, welche im Laufe des Tages aufkamen, wurden von der Fachgruppe des gehobenen Verwaltungsdienstes entgegengenommen und werden in den folgenden Fachgruppensitzungen Gehör finden.

Am 30.04.2025 hat sich die Fachgruppe nochmals in kleinerer Runde zusammen-

gefunden, um die Ergebnisse des Vortrages zusammenzutragen und in eine aktuelle Version der Forderungen rund um die Dienstpostenbewertung zu überführen. Diese wird in den nächsten Wochen dem Ministerium der Justiz und für Migration zugeleitet und hoffentlich auf fruchtbaren Boden treffen. Wir würden uns jedenfalls freuen, wenn die Wünsche und Anregungen aus der Praxis heraus Einfluss in die ministerielle Arbeit finden.

Wir hoffen, die Tagung führt zu einer zufriedenstellenderen Bewertungs- und Beförderungssituation im gehobenen Verwaltungsdienst und diene abermals der Vernetzung der Kollegen und Kolleginnen.

Allen an der Organisation Beteiligten zum Schluss ein herzliches Dankeschön!

Bericht: Susan Bleile



v.l.: Landesvorsitzender Michael Schwarz, stv. Landesvorsitzender Markus Balke, Fachgruppensprecherin Susan Bleile, sowie die Gruppe der Tagungsteilnehmenden, Foto: BSBD BW

Der BSBD ist immer eine verlässliche Gewerkschaft innerhalb der BBW-Familie

Landeshauptvorstandssitzung des BBW Beamtenbund und Tarifunion

Wenn der BBW Beamtenbund und Tarifunion zu seiner Landeshauptvorstandssitzung einlädt, ist der BSBD stets mit seinem Vorsitzenden Michael Schwarz und einer Delegation dabei. Zusätzlich zu den satzungsgemäßen Teilnehmern des Verbandes, werden die Interessen der BSBD-Mitglieder auch noch durch den BBW-Landeskassenprüfer Andreas Rothböck und den stellvertretenden BBW-Vorsitzenden Alexander Schmid vertreten. Das zeigt, dass ein relativ kleiner Mitgliedsverband des BBW Beamtenbund und Tarifunion, trotzdem aktiv und stark seine Interessen vertreten kann.

Am 06. Mai 2025 trafen sich die Verbände zur ersten Landeshauptvorstandssitzung 2025 in der Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen.

Der BBW-Vorsitzende Kai Rosenberg eröffnete die Versammlung und gedachte – stellvertretend für alle verstorbenen Kolleginnen und Kollegen – an den verstorbenen Ehrenvorsitzenden Horst Bäuerle.

Während der Sitzung wurden die Verbände über die aktuelle gewerkschaftliche und politische Situation im „Ländle“ informiert. Ein besonderes Thema war die Regelung der Freistellung von Personalräten in Baden-Württemberg. An dieser Schraube möchte die Politik gerne drehen, um den Personal-mangel abzufangen. Eine „Milchmädchen-rechnung“, wenn man bedenkt, dass gute Personalratsarbeit elementar notwendig ist, um neues und gutes Personal für die jeweiligen Dienststellen zu finden und zu halten. Zu diesem Thema referierte Herr Matthias Schütte, der im dbb Verlag den Ratgeber „Kleines Handbuch für die Personalratsarbeit in Baden-Württemberg“ herausgegeben hatte. Der renommierte Autor und Spezialist für Personalvertretung teilt die Sorge, bei einer Reduzierung von Freistellungen und sieht hier einen deutlichen Qualitätsverlust auch für den Arbeitgeber.

Zu dem erzielten Tarifabschluss bei der Einkommensrunde für Beschäftigte von Bund und Kommunen TVöD 2025, der nur durch eine Schlichtung zustande gekommen ist, splittierte Kollege Jörg Feuerbacher die Da-

ten auf. Trotz eines annehmbaren Abschlusses, war man im Gremium nicht gänzlich überzeugt.

Ein weiterer Höhepunkt war die offizielle Verabschiedung von Peter Ludwig, der sich fast ein Vierteljahrhundert an leitender Stelle um die Geschicke des BBW gekümmert hat. Die BSBD-Mitglieder aus den Ortsverbänden kennen ihn auch als Organisator der Demonstrationen des Beamtenbundes. Der BSBD wird seinen Nachfolger Michael Lutz bei seiner Arbeit unterstützen. „Unserem Peter“ wünschen wir einen schönen

Ruhestand und weiterhin viel Gesundheit.

Nach weiteren Tagesordnungspunkten beendete der Landesvorsitzende Rosenberg die Sitzung und blickte auf den 20. November dieses Jahres. An dem Tag wird es zu einer politischen Landeshauptvorstandssitzung kommen. Die Vertreter der Fraktionen sind eingeladen und werden sich ein halbes Jahr vor der Landtagswahl 2026 den Fachverbänden stellen.

Bericht: Lars Rinklin



v.l.: Andreas Rothböck, Lars Rinklin, Kai Rosenberger, Michael Schwarz, Frank Maertins, Barbara Reber, Alexander Schmid, Foto: BSBD BW

Zu Gast in Gotteszell

Tagung der BSBD-Fachgruppe Krankenpflegedienst

Zur diesjährigen Tagung am 07.05.2025 der BSBD-Fachgruppe Krankenpflegedienst hat die Landesfachgruppensprecherin Claudia Ostertag in ihre Dienststelle nach Schwäbisch Gmünd eingeladen.

Dieser Einladung ist die Fachgruppe besonders gerne gefolgt, um sich einen Eindruck von den Besonderheiten des Frauenvollzugs verschaffen zu können.

Auch der BSBD-Landesvorsitzende Michael Schwarz ließ es sich als „Gmünder“ nicht nehmen bei der Tagung dabei zu sein.

Die 14 Tagungsteilnehmerinnen und Teilnehmer aus den verschiedenen Vollzugsanstalten des Landes wurden zunächst von Anstaltsleitern Zink, sowie Vollzugsdienstleiter Raudenbusch herzlich willkommen-geheißen.

Anstaltsleiterin Zink gab zur Einführung einen kleinen Überblick über die Anstalt: die JVA Schwäbisch Gmünd kann auf eine lange Geschichte zurückschauen. Sie war im 13. Jahrhundert ein Frauenkloster des Dominikanerordens und ist auch heute noch bekannt als „Gotteszell“. Mehrere Gebäude sind noch erhalten. 1809 ist „Gotteszell“ zur einer Strafanstalt geworden.

Weiter berichtete sie über die Arbeit an straffällig gewordenen Frauen in den verschiedenen Vollzugsformen und wies auf die Besonderheiten hin, insbesondere bei schwangeren Frauen oder Frauen mit Kind im Vollzug. Die Herausforderungen sind anders als im Männervollzug, z.B. wenn eine Geburt während der Haft ansteht.

Die Anstaltsführung im Anschluss durch Kollegin Ostertag, die selbst dort in der Leitung der Krankenabteilung tätig ist, und BSBD-Landesvorsitzenden Schwarz war sehr interessant. Es ging über den Wohngruppenvollzug, in die Sicherungsverwahrung bis hin zur Mutter-Kind Abteilung mit angrenzendem Hort. Natürlich wurde auch die Krankenabteilung, die in einem eigenen Gebäude untergebracht ist, gezeigt.

Am Vormittag folgte ein fachlicher Vortrag zum Thema Management der Opioidsubstitution. Es fand diesbezüglich im Anschluss

ein guter und wertvoller Erfahrungsaustausch statt.

Das schön servierte Mittagessen in der Anstaltskantine wurde freundlicher- und dankenswerterweise vom BSBD OV Schwäbisch Gmünd spendiert.

Am Nachmittag ging es schwerpunktmäßig um folgende Themen: Organisation, Personalausstattung und Abläufe der Krankenabteilungen des Landes, Personalgewinnung über finanzielle Anreize (Stichwort: Krankenpflegezulage), Arbeitszeitmodelle, Sicherstellung von ausreichender Ausstattung mit funktioneller Berufs- und Schutzkleidung (keine einheitliche Regelung vorhanden), Übergriffe auf Bedienstete, Umgang mit älter werdenden Gefangenen und den baulichen Gegebenheiten.

Unterstützende Beratung für alte und (ge-)behinderte Gefangene könnten die Anstalten künftig über die Zentrale Hygiene- und Pflegekopfstelle mit Sitz an der JVA Stuttgart bekommen.

Alles, was der Fachgruppe wichtig war, wurde zusammengetragen und lebhaft diskutiert. Die Teilnehmenden haben sich ausgetauscht und geeinigt, was die Ziele der Fachgruppe sind. Als ein wesentliches wurde der Erhalt und Gewinn von motivierten, eigenverantwortlich arbeitenden und langfristig zufriedenen Mitarbeitenden festgesteckt.

Ein Positionspapier Krankenpflegedienst steht in Planung. Rundum war es eine sehr wertvolle und gelungene Tagung.

Bericht: Rainer Hampp



Die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer mit BSBD-Landesvorsitzendem Schwarz, Anstaltsleiterin Zink und Vollzugsdienstleiter Raudenbusch, Foto: BSBD BW